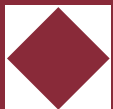


Maren Conrad-Giese

Persönliche Assistenz für Kinder mit Behinderungen

Rechtliche Gewährleistung unter besonderer
Berücksichtigung des Teilhabe-, Sozial- und Schulrechts



Nomos

Band 55

Schriften zum Sozialrecht

hervorgegangen aus den von Prof. Dr. Ulrich Becker begründeten
„Schriften zum deutschen und europäischen Sozialrecht“

Herausgegeben von

Prof. Dr. Peter Axer | Prof. Dr. Ulrich Becker, LL.M. | Prof. Dr. Karl-Jürgen
Bieback | Prof. Dr. Winfried Boecken | Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf |
Prof. Dr. Hermann Butzer | Prof. Dr. Ulrike Davy | Prof. Dr. Ingwer Ebsen |
Prof. Dr. Dr. h.c. Eberhard Eichenhofer | Prof. Dr. Maximilian Fuchs | Prof.
Dr. Richard Giesen | Prof. Dr. Alexander Graser | Prof. Dr. Stefan Greiner |
Prof. Dr. Andreas Hänlein | Prof. Dr. Friedhelm Hase | Prof. Dr. Timo Hebeler |
Prof. Dr. Hans Michael Heinig | Prof. Dr. Stefan Huster | Prof. Dr. Gerhard Igl |
Prof. Dr. Constanze Janda | Prof. Dr. Jacob Jousen | Prof. Dr. Markus
Kaltenborn | Prof. Dr. Thorsten Kingreen | Prof. Dr. Wolfhard Kohte | Prof.
Dr. Katharina von Koppenfels-Spies | Prof. Dr. Heinrich Lang | Prof. Dr. Elmar
Mand | Prof. Dr. Johannes Münder | Prof. Dr. Katja Nebe | Prof. Dr. Ulrich Preis |
Prof. Dr. Stephan Rixen | Prof. Dr. Christian Rolfs | Prof. Dr. Reimund
Schmidt-De Caluwe | Prof. Dr. Heinz-Dietrich Steinmeyer | Prof. Dr. Felipe
Temming | Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein | Prof. Dr. Raimund Waltermann |
Prof. Dr. Felix Welti

Maren Conrad-Giese

Persönliche Assistenz für Kinder mit Behinderungen

Rechtliche Gewährleistung unter besonderer
Berücksichtigung des Teilhabe-, Sozial- und Schulrechts



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Halle-Wittenberg, Univ., Diss., 2018

ISBN 978-3-8487-6210-1 (Print)

ISBN 978-3-7489-0326-0 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Mai 2017 von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg unter dem Titel „Teilhabe von Kindern mit Behinderungen durch Persönliche Assistenz“ als Dissertation angenommen. Sie wurde im Rahmen der Veröffentlichung insbesondere im Hinblick auf die Änderungen durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) überarbeitet und aktualisiert. Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur wurden ebenfalls aktualisiert, wobei zu beachten ist, dass der überwiegende Teil sich – soweit nicht anders gekennzeichnet – auf die bisherige Rechtslage bezieht.

Grundlage dieser Forschungsarbeit war eine Urteilsanmerkung zu einer Entscheidung des OVG Bremen vom 12.05.2009, das sich mit der Persönlichen Assistenz in einer Kindertagesstätte auseinandersetzte. Mit dieser Urteilsanmerkung begann sowohl meine wissenschaftliche Tätigkeit an der Universität, sie war aber ebenso der Grundstein für eine spannende und lehrreiche Dissertationszeit. Diese Zeit brachte mir zahlreiche tolle Erfahrungen und ermöglichte mir neben einer wichtigen fachlichen und persönlichen Weiterentwicklung einige interessante, bereichernde und dauerhafte Freundschaften. Dafür bin ich sehr dankbar.

Dieses Vorwort soll außerdem genutzt werden, um verschiedenen Menschen, die unterschiedlich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben, nochmals zu danken.

Allen voran danke ich Frau Prof. Dr. Katja Nebe und Herrn Prof. Dr. Felix Welti, dass sie diese Arbeit betreut und in jeglicher Hinsicht unterstützt haben sowie für die Erstellung der Gutachten. Ich danke ihnen dafür, dass sie mich beide stetig darin bestärkt haben, mich diesem vielfältigen und herausfordernden Thema zu widmen, mich während und nach dieser Zeit begleitet und unterstützt haben und sie mir die Gelegenheit gegeben haben, dass bestimmte juristische Themen mich finden konnten.

Ein herzlicher Dank gilt außerdem meinen verschiedenen Kolleginnen und Kollegen während meiner Tätigkeit an der Universität Bremen und der Universität Kassel für das kollegiale, unterstützende und wertschätzende Arbeitsklima, das mich nicht nur durch die Dissertationszeit getragen hat.

Ganz besonders und von Herzen möchte ich meiner Familie und meinen engsten Freunden danken, die mich während meiner gesamten Ausbildung immer dann unterstützt, gestützt, gefördert und gefordert hat und

Vorwort

haben, wenn es notwendig war. Ich durfte in diesem Rahmen erwachsen werden und auch tatsächlich wachsen; konnte dies aber stets mit dem Gefühl tun, in meine Fähigkeiten zu vertrauen und meiner Person wegen geschätzt und geliebt zu werden. Dafür danke ich euch sehr.

Mein innigster Dank gilt schließlich meinem Ehemann für seinen Rückhalt, seine Liebe, seine Freundschaft, seine Geduld, sein Verständnis und die unzähligen Stunden, die er mich mit dieser Arbeit teilen musste. Ihm ist diese Arbeit gewidmet.

Dalitz, im Dezember 2019

Maren Conrad-Giese

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	17
A. Einleitung	27
B. Begriffsbestimmungen	35
C. Persönliche Assistenz	78
D. Rechtlicher Rahmen	112
E. Auswahl rechtlicher und struktureller Grenzen	187
F. Leistungsansprüche und Rechtspflichten im deutschen Sozial- und Schulrecht	219
G. Zuständigkeitskonflikte und die Vermeidung von Leistungslücken	398
H. Orientierung an vorhandenen Regelungsmodellen	430
I. Ausblick	454
J. Fazit	467
Literaturverzeichnis und Internetquellen	477

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
A. Einleitung	27
B. Begriffsbestimmungen	35
I. Kind	35
II. Behinderung	38
1. Fachliches Verständnis von Behinderung	39
a) Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF)	39
b) Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen (ICF-CY)	40
2. Verständnis im Völkerrecht	42
3. Behinderungsbegriff im Unionsrecht	43
4. Behinderungsbegriff im nationalen Recht	45
a) Abweichung vom für das Lebensalter typischen Zustand	48
b) Gewisse Dauerhaftigkeit	50
c) Beeinträchtigung der Teilhabe an der Gesellschaft	51
d) Schwerbehinderung und Gleichstellung	52
e) Wesentliche Behinderung – erhebliche Einschränkung der Teilhabefähigkeit	54
f) Sonderpädagogischer Förderbedarf	62
5. Zwischenfazit	63
III. Soziale Teilhabe als Ziel der Kinderrehabilitation	65
1. Teilhabe und Rehabilitation	65
2. Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und Soziale Teilhabe	70
IV. Inklusion	73
C. Persönliche Assistenz	78
I. Entstehung und Entwicklung	78

Inhaltsverzeichnis

II. Inhalt und Ziele der Persönlichen Assistenz	81
1. Zentrales Merkmal: Selbstbestimmung	81
2. Kompetenzen des Assistenznehmers bzw. der Assistenznehmerin	84
a) Individuelle Lebensgestaltung	84
b) Personalkompetenz	85
c) Anleitungskompetenz	85
d) Organisationskompetenz	86
e) Finanzkompetenz	87
f) Zwischenfazit	87
3. Bedarfslagen des Assistenznehmers bzw. der Assistenznehmerin – Aufgaben und Qualifikationen der Persönlichen Assistenz	88
4. Ziele des Assistenzkonzepts	93
III. Organisationsformen der Assistenzleistung	94
1. Arbeitgebermodell	94
2. Auftragsmodell	96
3. Assistenz in einer Einrichtung oder Institution	98
IV. Abgrenzungen	99
1. Betreuung	100
2. Andere Hilfe- und Unterstützungsleistungen	101
a) Hilfe von professionellen Helfern und Helferinnen mit einer an Selbstbestimmung orientierten Fachlichkeit	101
b) Ambulante (Pflege-)Dienste	102
c) Hilferbringer und –erbringerinnen der Care-Ethik	102
d) Hilfen unbezahlter Helfer und Helferinnen	103
3. Weitere Abgrenzungen	104
V. Rechtsverhältnisse innerhalb des Assistenzverhältnisses	105
1. Im Arbeitgebermodell	105
2. Im Auftragsmodell	107
3. Besonderheiten bei Kindern	109
VI. Zwischenfazit	110
D. Rechtlicher Rahmen	112
I. Völkerrecht	112
1. UN-Behindertenrechtskonvention	112
a) Ziele der Konvention	113
b) Relevante Lebensbereiche und Berücksichtigung von Kindern mit Behinderungen in der Konvention	114

c) Rechtliche Wirkung der Konvention	117
d) Angemessene Vorkehrungen	121
2. UN-Kinderrechtskonvention	123
3. Weitere völkerrechtliche Regelungen	127
4. Zwischenfazit	131
II. Unionsrecht	132
1. Primärrecht	133
2. Sekundärrecht	135
3. Zwischenfazit	138
III. Nationales Verfassungsrecht	138
1. Benachteiligungsverbot von Menschen mit Behinderungen, Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG	139
2. Sozialstaatsprinzip, Art. 20, 28 GG	140
3. Schutz der Familie und des Kindes, Art. 6 Abs. 2 GG	143
4. Recht auf Bildung und Berufsfreiheit, Art. 12 GG	144
5. Weitere Grundsätze des Verfassungsrechts	146
6. Zwischenfazit	149
IV. Bundesrecht	149
1. Recht der Rehabilitation und Teilhabe – SGB IX	150
a) Ziele des Teilhabe- und Rehabilitationsrechts	155
aa) Förderung gleichberechtigter Teilhabe	156
bb) Förderung der Selbstbestimmung	157
cc) Vermeidung von Benachteiligung	158
dd) Koordinierung bestehender Regelungen	158
b) Beachtung besonderer Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen	160
c) Verfahrensgrundsätze und Leitprinzipien	162
aa) Zuständigkeitsklärung	163
bb) Kooperation, Koordination und Nahtlosigkeit	164
cc) Wunsch- und Wahlrecht	167
d) Vorbehalt abweichender Regelungen	170
2. Behindertengleichstellungsgesetz – BGG	171
3. Sonstiges Bundesrecht	173
V. Landesrecht	174
1. Landesverfassungen	174
2. Landesgleichstellungsgesetze	176
3. Schulrecht	177
VI. Zwischenfazit	185

Inhaltsverzeichnis

E. Auswahl rechtlicher und struktureller Grenzen	187
I. Handlungs- und Geschäftsfähigkeit	187
II. Empfangszuständigkeit	192
III. Beistandspflichten im Eltern-Kind-Verhältnis	195
IV. Einsatz eigenen Einkommens und Vermögens	202
V. Mehrkostenvorbehalt	214
VI. Zwischenfazit	217
F. Leistungsansprüche und Rechtspflichten im deutschen Sozial- und Schulrecht	219
I. Leistungen zur Sozialen Teilhabe /Leistungen der Eingliederungshilfe – Assistenzleistungen	220
1. Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen, §§ 90ff. SGB IX	227
a) Berechtigter Personenkreis	229
b) Aussicht auf Erfüllung der Aufgaben der Eingliederungshilfe	237
c) Inhalt der Leistung	238
d) Nachranggrundsatz	243
2. Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder, § 35a SGB VIII	245
a) Berechtigter Personenkreis	246
b) Leistungszweck	247
c) Leistungsinhalt	247
3. Leistungen weiterer Leistungsträger	248
a) Gesetzliche Unfallversicherung	248
b) Träger der sozialen Entschädigung	249
4. Verhältnis der Leistungen zur Sozialen Teilhabe untereinander und zu anderen Leistungen - Zwischenfazit	250
II. Bildungs- und entwicklungsfördernde Leistungen	254
1. Assistenzleistungen im Elementarbereich	260
a) Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe	264
b) Leistungen der Eingliederungshilfe	267
c) Zwischenfazit	269

2. Leistungen zur Teilhabe an Bildung – Sozial- und schulrechtliche Leistungspflichten	269
a) Leistungen aus dem Schulrecht	272
aa) Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG)	274
bb) Bremisches Schulrecht	282
(a) Bremisches Schulgesetz (BremSchulG)	283
(b) Persönliches Assistenzprogramm	287
cc) Schulrecht in Schleswig-Holstein	290
(a) Schleswig-Holsteinisches Schulgesetz (SchulGSH)	291
(b) Entscheidung des LSG Schleswig-Holstein vom 17.02.2014 – L 9 SO 222/13 B ER	292
(c) Schulische Assistenzkräfte	297
(d) „Lübecker-Modell“	299
dd) Andere Schulgesetze	301
ee) Assistenz in Sonder- bzw. Förderschulen und Förderzentren	304
ff) Assistenz als Nachteilsausgleich	307
gg) Zwischenfazit	310
b) Leistungen zur Teilhabe an Bildung	311
aa) Leistungsvoraussetzungen	313
bb) Inhalt der Leistung	314
cc) Ausschluss des pädagogischen Kernbereichs	320
3. Verhältnis von Bildungs- und entwicklungsfördernden Leistungen zueinander und zu anderen Leistungen - Zwischenfazit	322
a) Problem verschiedener Schnittstellen	323
b) Zuständigkeit außerhalb des pädagogischen Kernbereichs	327
c) Träger der Jugendhilfe und Eingliederungshilfe als „Ausfallbürge“	329
d) Mögliche Erstattungsansprüche gegenüber dem Schulträger	331
aa) Geschäftsführung ohne Auftrag (GoA)	332
bb) Allgemeiner öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	336
e) Zwischenfazit	337

Inhaltsverzeichnis

III. Leistungen der Krankenbehandlung	339
1. Assistenz als häusliche Krankenpflege, §§ 27 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4, 37 SGB V	341
a) Leistungsvoraussetzungen	341
aa) Versicherteneigenschaft	341
bb) Vorliegen einer Krankheit	342
cc) Qualifizierter Leistungserbringungsort	343
dd) Erforderlichkeit	344
ee) Ärztliche Verordnung	344
b) Inhalt der Leistung	345
c) Verhältnis zu Leistungen der Pflegeversicherung	346
d) Vorrang der Pflege durch Haushaltsangehörige	348
e) Zielrichtung der Leistung	349
f) Zwischenfazit	350
2. Assistenz als Leistung zur Krankenhilfe, § 48 SGB XII	351
3. Assistenz während eines Krankenhausaufenthaltes	352
a) Kommunikationsassistenz während eines Krankenhausaufenthaltes	354
b) Assistenz zur Deckung des Pflegebedarfs während eines Krankenhausaufenthaltes	358
aa) Assistenz als eine vom Krankenhaus veranlasste Leistung, § 2 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 KHEntgG	359
bb) Assistenz als notwendige Begleitperson nach § 11 Abs. 3 SGB V i.V.m. § 2 Abs. 2 Nr. 3 KHEntgG	360
cc) Sonstige Leistungen für eine Assistenz während eines Krankenhausaufenthaltes	365
c) Zwischenfazit	367
4. Verhältnis von Leistungen zur Krankenbehandlung untereinander und zu anderen Leistungen - Zwischenfazit	368
IV. Leistungen der medizinischen Rehabilitation	370
1. Assistenz als Hilfsmittel, § 33 SGB V	372
2. Assistenz als Heilmittel, § 32 SGB V	373
3. Leistungen der Früherkennung und Frühförderung als Assistenz	375
4. Assistenz im Rahmen einer ambulanten oder stationären Rehabilitationsleistung, § 40 Abs. 1 u. 2 SGB V	379
5. Assistenz im Rahmen einer Leistung zur Kinderrehabilitation, § 15a i.V.m. § 15 SGB VI	381

6. Verhältnis von Leistungen der medizinischen Rehabilitation untereinander und zu anderen Sozialleistungen - Zwischenfazit	384
V. Leistungen zur Pflege	387
VI. Sonstige Leistungen	393
VII. Zwischenfazit	396
G. Zuständigkeitskonflikte und die Vermeidung von Leistungslücken	398
I. Zuständigkeiten	400
II. Koordinierungspflicht	406
III. Instrument der Koordinierung: der Teilhabeplan	409
IV. Ausgleichsansprüche	415
V. Unterstützende Maßnahmen und Akteure	419
1. Auskunft, Information und ergänzende, unabhängige Teilhabeberatung	419
2. Beauftragte oder Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderungen	422
3. Selbsthilfeorganisationen, Interessenvertretungen und Sozialverbände	423
4. Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation e.V. (BAR)	423
5. Regionale Arbeitsgemeinschaften	425
VI. Zwischenfazit	426
H. Orientierung an vorhandenen Regelungsmodellen	430
I. Assistierte Ausbildung	430
II. Arbeitsassistenz	433
1. Sinn und Zweck, Definition	433
2. Anspruch auf Arbeitsassistenz	435
3. Organisation	437
4. Zwischenfazit	437
III. Elternassistenz	438
IV. Hilfsmittelausstattung im Pflegeheim, § 71 Abs. 2 SGB XI	444
V. Berliner Besonderheit – Leistungskomplex 32 (LK 32) - Assistenzpflege	447
VI. Übertragbarkeit der Modelle auf die Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen – Zwischenfazit	450

Inhaltsverzeichnis

I. Ausblick	454
I. Zuständigkeitskonzentration von Eingliederungshilfeleistungen bei der Kinder- und Jugendhilfe	455
II. Internationales Beispiel: Schweden	462
III. Zwischenfazit	466
J. Fazit	467
Literaturverzeichnis und Internetquellen	477

Abkürzungsverzeichnis

2. DVO-KiTaG	Verordnung über Mindestanforderungen an besondere Tageseinrichtungen für Kinder sowie über die Durchführung der Finanzhilfe v. 16.07.2012
a. E.	am Ende
a.A.	Andere Ansicht
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz/Absätze
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Amtsgericht
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AG-KJHG NW	Erstes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (v. 12.12.1990) Nordrhein-Westfalen
AGSG	Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze (v. 08.12.2006) Bayern
ALG I	Arbeitslosengeld I
ÄndG	Änderungsgesetz
AO-SF (NRW)	Verordnung über die sonderpädagogische Förderung, den Hausunterricht und die Schule für Kranke, Ausbildungsverordnung sonderpädagogische Förderung (Nordrhein-Westfalen)
APO-GrundStGy	Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Grundschule und die Jahrgangsstufen 5 bis 10 der Stadtteilschule und des Gymnasiums (Hamburg)
APO-S I	Verordnung über die Ausbildung und die Abschlussprüfungen in der Sekundarstufe I, Ausbildungs- und Prüfungsordnung Sekundarstufe I (Nordrhein-Westfalen)
Art.	Artikel
ASMK	Arbeits- und Sozialministerkonferenz
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAG UB	Bundesarbeitsgemeinschaft für Unterstützte Beschäftigung
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BAGüS	Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe
BAR	Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation
BauGB	Baugesetzbuch
BayBGG	Bayerisches Gesetz zur Gleichstellung, Integration und Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Bayerisches Behindertengleichstellungsgesetz

Abkürzungsverzeichnis

BayEUG	Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen
BayKiBiG	Bayerisches Gesetz zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Kindergärten, anderen Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege, Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BbgBGG	Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen im Land Brandenburg, Brandenburgisches Behindertengleichstellungsgesetz
BbgSchulG	Brandenburgisches Schulgesetz
BEEG	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
Begr.	Begründer
BerlVerf	Berliner Landesverfassung
Beschl.	Beschluss
BFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGG	Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes
BGG LSA	Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, Behindertengleichstellungsgesetz Sachsen-Anhalt
BGG NRW	Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, Behindertengleichstellungsgesetz Nordrhein-Westfalen
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BIH	Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen
BITV 2.0	Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz, Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung 2.0
BKKG	Bundeskindergeldgesetz
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BODYS	Bochumer Zentrum für Disability Studies
br	Behindertenrecht
BrBVerf	Verfassung des Landes Brandenburg
BremBGG	Bremisches Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, Bremisches Behindertengleichstellungsgesetz
BremKTG	Bremisches Tageseinrichtungs- und Kindertagespflegegesetz
BremLBO	Bremer Landesbauordnung
BremSchulG	Bremisches Schulgesetz

BremSchVewG	Bremisches Schulverwaltungsgesetz
BremVerf	Bremer Landesverfassung
BSchulG	Schulgesetz für das Land Berlin
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BT	Bundestag
BTHG	Bundesteilhabegesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVG	Bundesversorgungsgesetz
Bzw.	Beziehungsweise
CBP	Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V.
CIL	Center for Independent-Living
CRC	<i>Committee on the rights of the child</i> , Ausschuss für die Rechte des Kindes
DAKJ	Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendmedizin
DBSV	Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband
Ders./Dies.	Derselbe/Dieselbe(n)
DIJuF	Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.
DIMDI	Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information
DIMR	Deutsches Institut für Menschenrechte
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DRG	<i>Diagnosis Related Groups</i> – diagnosebezogene Fallgruppen
Drucks./ Drs.	Drucksache
DRV	Deutsche Rentenversicherung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EinglVO	Eingliederungshilfe-Verordnung
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Europäische Menschenrechtskonvention
EStG	Einkommenssteuergesetz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
f./ff.	Folgende/ Fortfolgende
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FbJJ	Forum behinderter Juristinnen und Juristen
FEVS	Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte
FG	Finanzgericht

Abkürzungsverzeichnis

FörderVO	Verordnung über die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsbedarf
ForE	Forum Erziehungshilfen
FöSoVO	Verordnung zur Ausgestaltung der sonderpädagogischen Förderung, Förderverordnung Sonderpädagogik (Mecklenburg-Vorpommern)
FrühVO	Frühförderungsverordnung
GBL	Gesetzblatt
GdB	Grad der Behinderung
GE	Gemeinsame Empfehlung
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
gg-	Gegen
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Grundrechtcharta
GrSO	Schulordnung für die Grundschulen in Bayern, Grundschulordnung
GSO	Schulordnung für die Gymnasien in Bayern, Gymnasialschulordnung
GV NRW	Gesetz- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
HeilM-RL	Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses über die Verordnung von Heilmitteln in der vertragsärztlichen Versorgung
HessBGG	Hessisches Behinderten-Gleichstellungsgesetz
HessStGH	Staatsgerichtshof des Landes Hessen
HKJGB	Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch
HKP-RL	Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses über die Verordnung von häuslicher Krankenpflege, Häusliche Krankenpflege-Richtlinie
HmbAO-SF	Hamburgische Verordnung über die Ausbildung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf
HmbGGbM	Hamburgisches Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen
HmbSG	Hamburgisches Schulgesetz
HSchG	Hessisches Schulgesetz
i. R. d.	im Rahmen des/der
i. S. e.	Im Sinne eines
i. S. v.	Im Sinne von
i.d.F.	In der Fassung
i.V.m.	In Verbindung mit
ICD-10-GM	Internationale Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision, German Modification vom 01.01.2016

ICF	Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit
ICF- CY	Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen
IfSG	Infektionsschutzgesetz
IGfH	Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen e.V.
ILO	<i>International Labour Organisation</i> , Internationale Arbeitsorganisation
Integrations-Verordnung	Verordnung – Schulordnung- über die gemeinsame Unterrichtung von Behinderten und Nichtbehinderten in Schulen der Regelform (Saarland)
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, UN-Zivilpakt
IPwskR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, UN-Sozialpakt
ISL	Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben
JAmt	Das Jugendamt
JArbSchG	Jugendarbeitsschutzgesetz – Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend
JFMK	Jugend- und Familienministerkonferenz
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JuS	Juristische Schulung
JuSchG	Jugendschutzgesetz
JVEG	Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz
KH	Das Krankenhaus
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze, Krankenhausfinanzierungsgesetz
KibeG	Hamburger Kinderbetreuungsgesetz
KiBiz	Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern, Kinderbildungsgesetz
KiFöG LSA	Gesetz zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt, Kinderförderungsgesetz
KiFöG M-V	Gesetz zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege - Kindertagesförderungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
KiHB-RL	Gemeinsame Richtlinien der Träger der Rentenversicherung nach § 31 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 SGB VI für Kinderheilbehandlungen, Kinderrehabilitationsrichtlinien, Kinderreha-Richtlinien
KitaFöG B	Berliner Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege, Kindertagesförderungsgesetz

Abkürzungsverzeichnis

KiTaG BaWü	Gesetz über die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindergärten, anderen Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege in Baden-Württemberg, Kindertagesbetreuungsgesetz
KitaG BB	Zweites Gesetz zur Ausführung des Achten Buches des Sozialgesetzbuches – Kinder- und Jugendhilfe, Kindertagesstättengesetz Brandenburg
KiTaG Nds	Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder in Niedersachsen
KitaG RP	Kindertagesstättengesetz Rheinland-Pfalz
KiTaG SH	Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen – Kindertagesstättengesetz Schleswig-Holstein
KMK	Kultusministerkonferenz
KRA	Ausschuss für die Rechte des Kindes
L-BGG BaWü	Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen Baden-Württemberg
L-BGG BaWü	Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen für Baden-Württemberg, Landes-Behindertengleichstellungsgesetz
LBGG M-V	Gesetz zur Gleichstellung, gleichberechtigten Teilhabe und Integration von Menschen mit Behinderungen in Mecklenburg-Vorpommern, Landesbehindertengleichstellungsgesetz
LBGG SH	Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein, Landesbehindertengleichstellungsgesetz
LG	Landgericht
LGBG	Gesetz über die Gleichberechtigung von Menschen mit und ohne Behinderung Berlin, Landesgleichberechtigungsgesetz
LGGBehM	Landesgesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen Rheinland-Pfalz
lit.	Buchstabe/n
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen/ Rheinland-Pfalz/ Saarland
LPfGG RP	Landespflegegeldgesetz Rheinland-Pfalz
LSG	Landessozialgericht
LSG	Landessozialgericht
LT	Landtag
LV M-V	Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern
LV RhPf	Landesverfassung Rheinland-Pfalz
LVS	Landesverfassung des Saarlandes
m.w.N.	Mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MedR	Medizinrecht
MK	Ministerkonferenz
MSO	Schulordnung für die Mittelschulen in Bayern, Mittelschulordnung
n.v.	Nicht veröffentlicht

NAP	Nationaler Aktionsplan
NBGG	Niedersächsisches Behindertengleichstellungsgesetz
NdsVBl	Niedersächsische Verwaltungsblätter
NJW	Neue Juristische Wochenzeitschrift
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland
NSchG	Niedersächsisches Schulgesetz
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungsreport
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
OEG	Opferentschädigungsgesetz
OVG	Oberverwaltungsgericht
PfR	PflegeRecht
PKR	Pflege- und Krankenhausrecht
PSG	Pflegestärkungsgesetz
RdA	Recht der Arbeit
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens
RdLH	Rechtsdienst der Lebenshilfe
RehaAnglG	Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation, Reha-Angleichungsgesetz
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer/n
RP-Reha	Recht & Praxis der Rehabilitation
RsDE	Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen
SächsIntegrG	Gesetz zur Verbesserung der Integration von Menschen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen, Sächsisches Integrationsgesetz
SächsKitaG	Sächsisches Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen, Gesetz über Kindertageseinrichtungen
SächsVerf	Verfassung des Freistaates Sachsen
SAR	Sozialhilfe- und AsylbewerberleistungsRecht
SBGG	Gesetz Nr. 1541 zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen im Saarland, Saarländisches Behindertengleichstellungsgesetz
SchG BaWü	Schulgesetz Baden-Württemberg
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
SchoG	Gesetz Nr. 812 zur Ordnung des Schulwesens im Saarland, Schulordnungsgesetz
SchulG M-V	Schulgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern
SchulG NRW	Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
SchulG RP	Schulgesetz Rheinland-Pfalz
SchulG SN	Schulgesetz für den Freistaat Sachsen
SchulGLSA	Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
SchulGSH	Schleswig-Holsteinisches Schulgesetz
SchulPfIG	Gesetz Nr. 826 über die Schulpflicht im Saarland

Abkürzungsverzeichnis

SG	Sozialgericht
SGb	Sozialgerichtsbarkeit
SGB	Sozialgesetzbuch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SKBBG	Saarländisches Kinderbetreuungs- und -bildungsgesetz
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofs und des Gerichtes der Europäischen Union
SoFVO	Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung (Schleswig-Holstein)
SOMIA	Schulordnung Mittel- und Abendmittelschulen (Sachsen)
SoPädVO	Verordnung über die sonderpädagogische Förderung, Sonderpädagogikverordnung (Berlin)
SopV	Verordnung über Unterricht und Erziehung für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Sonderpädagogik-Verordnung (Brandenburg)
SozR	Sozialrecht
SozSich	Soziale Sicherheit
SRa	SozialRecht aktuell
SRV	Sozialrechtslehrertagung des Deutschen Sozialrechtsverbandes e.V.
StGB	Strafgesetzbuch
SuP	Sozialrecht und Praxis
SVBl.	Schulverwaltungsblatt
ThürGIG	Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, Gleichstellungs- und Inklusionsgesetz
ThürKitaG	Thüringer Gesetz über Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege als Ausführungsgesetz zum Achten Buch Sozialgesetzbuch, Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz
ThürSchulG	Thüringer Schulgesetz
ThürSchulO	Thüringer Schulordnung
ThürSoFöV	Thüringer Verordnung zur sonderpädagogischen Förderung, Sonderförderungs-Verordnung
ThürVerf	Verfassung des Freistaats Thüringen
UN/VN	<i>United Nation</i> /Vereinte Nationen
UN-BRK	UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, UN-Behindertenrechtskonvention
UNESCO	<i>United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization</i> , Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur
UNGA	<i>United Nation General Assembly</i> , Generalversammlung der Vereinten Nationen
UN-KRK	UN-Kinderrechtskonvention

Unterabs.	Unterabsatz
UPädVO I	Erste Verordnung für unterstützende Pädagogik vom 22. Mai 2013
Urt.	Urteil
USK	Urteilssammlung für die gesetzliche Krankenversicherung
USK	Urteilssammlung für die gesetzliche Krankenversicherung
VerfBaWü	Verfassung des Landes Baden-Württemberg
VerfBay	Verfassung des Freistaats Bayern
VerfG	Bundesverfassungsgericht
VerfLSA	Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt
VerfNds	Verfassung des Landes Niedersachsen
VerfNRW	Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen
VerfSH	Verfassung des Landes Schleswig-Holstein
VersR	Versicherungsrecht
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VSO-F	Schulordnung für die Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung, Volksschulordnung
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WHO	<i>World Health Organisation</i> , Weltgesundheitsorganisation
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention
Zfj	Zentralblatt für Jugendrecht
ZFSH/SGB	Zeitschrift für die sozialrechtliche Praxis
Ziff.	Ziffer/ Ziffern
ZKJ	Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZVO	Landesverordnung über die Erteilung von Zeugnissen, Noten und anderen ergänzenden Angaben in Zeugnissen, Zeugnisverordnung (Schleswig-Holstein)

